

1933: Die Gleichschaltung – »großes zukunftssträchtiges Werk«

*HLZ und Gesellschaft der Freunde auf dem Weg in den
Nationalsozialistischen Lehrerbund.*

Die Machtübernahme der NSDAP am 30.1.1933 führte in der *Hamburger Lehrerzeitung* nicht zur sofortigen Einstellung jeglicher Kritik an den neuen Machthabern und ihrer Politik. Zwar hatte sich in den Vormonaten bereits eine zunehmende Tendenz zum Zurückweichen vor NS-Positionen gezeigt (vgl. HLZ 1/2003). Bis Mitte März 1933 blieb die HLZ jedoch ihrem bisherigen Kurs treu. Neben vielen Beiträgen zu pädagogischen Fragen gab es Informationen über Maßnahmen der neuen Regierung, die teilweise mit offenen Worten kritisiert wurden.

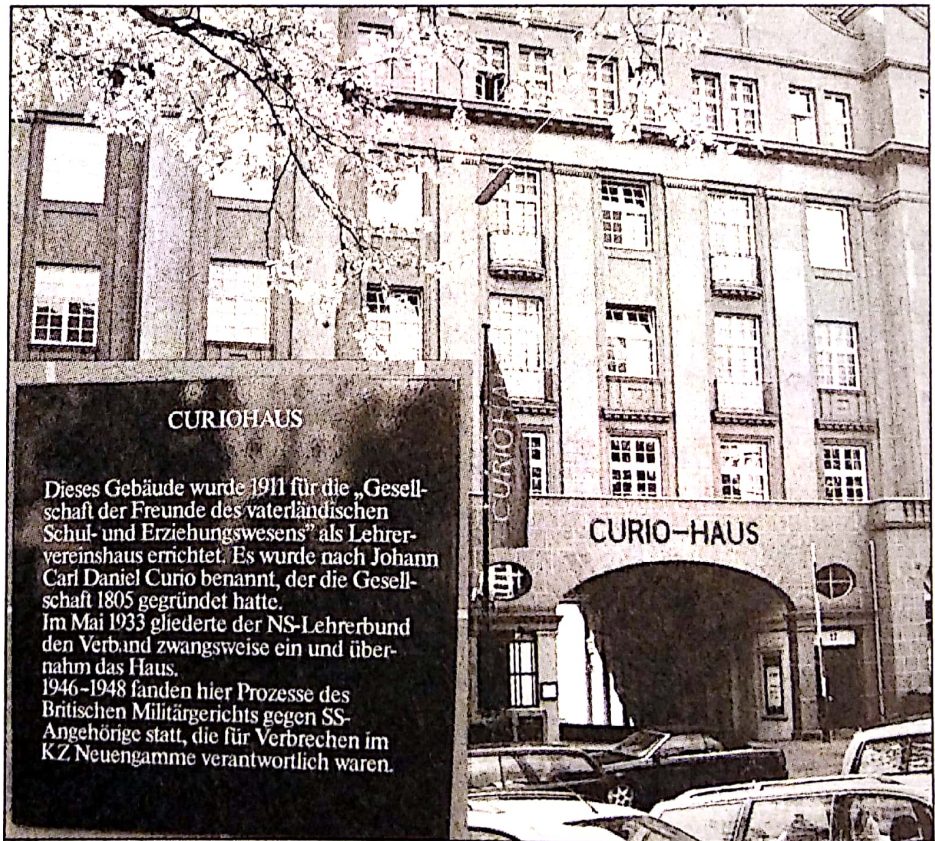
Ein aktives Vereinsleben gab es Anfang 1933 aber kaum noch in der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg (GdF). Im Vorstand, der 1932 keinen entschiedenen Kampf gegen die faschistische Gefahr mittragen wollte, wuchs inzwischen die Sorge um die Vermögenswerte der GdF: die sozialen Kassen und das Curiohaus.

»Dolchstoß gegen Berufsverbundenheit«

Zur Ernennung Hitlers als Reichskanzler druckt die HLZ am 4.2.1933 ein kurzes Telegramm an Reichs-

präsident Hindenburg vom 27.1.ab. Darin warnen der ADGB und andere Gewerkschaftsverbände vor der »Berufung einer sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Regierung« (HLZ 5/1933). In der gleichen Ausgabe wird aus mehreren Ländern des Reiches be-

lehrerverbände« dazu auf, Beamtenrechte entschieden zu verteidigen. Zwei Wochen später kann die HLZ einen deutlichen Sieg der Gewerkschaftsliste verbuchen: Trotz geringer Wahlbeteiligung gewinnt sie bei den Lehrern vier Sitze, der »Nationale Block« nur ei-



»Zwangweise« in den NSLB? Es gab nur 3 Gegenstimmen!

richtet, dass NS-Regierungen einen weiteren Gehaltsabbau und die Aufhebung der kollegialen Schulleitung vorbereiten. Im Aufruf zur Neuwahl des Beamtenrats in Hamburg fordert die von der GdF geführte »Liste Vereinigter

nen (HLZ 7/1933).

Als Warnung druckt die HLZ gleichzeitig einen Aufruf des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) zur Denunziation von KollegInnen ab, die sich abfällig über Adolf Hitler geäußert haben.

Titel: »Dolchstoß gegen Berufsverbundenheit und gegenseitiges Vertrauen«. Die Veröffentlichung führt zur Zurücknahme des Rundschreibens durch den NSLB.

Heftige Angriffe auf die im Schulwesen durchgeführten Reformen werden von HLZ-Autor Hecht entschieden zurückgewiesen (»14 Jahre marxistischer Schulsumpf?«). Von einer »Vergiftung der kleinen Kinderhirne« durch verseuchte Schulbücher und die »Einheitsschule der Marxisten« werde gesprochen. Die Veränderungen in der Schule hätten aber nichts mit Parteipolitik zu tun. Die Einheitsschule gehe auf Kerschensteiner u.a. zurück, alle Vorwürfe seien unbewiesen. Hecht: »Aber vielleicht liegt unsere Schuld in dem verborgen, was wir absichtlich unterlie-

ßen. Gern bekennen wir uns dazu, jede Kriegsverherrlichung und Völkerverhetzung unterlassen zu haben.« (HLZ 7/1933)

Selbstzensur nach NS-Drohung

Ende Februar kritisiert die HLZ zum wiederholten Male Luftschutzübungen in den Schulen mit einem mutigen Beitrag von Dietrich Rothenberg, bekannt aus der KPD-nahen Interessengemeinschaft oppositioneller Lehrer (IOL). Wie das Beispiel Mecklenburg zeige, drohe die Einführung von Wehrsport an den Schulen. Die Jugend solle, so ein Ex-Major, von »pazifistischer Knochenerweichung« geheilt werden. Rothenberg ruft die Hamburger Lehrerschaft zum entschlossenen Widerstand gegen alle Dinge auf, »die nichts anderes zum Zweck haben, als der psychologischen, ideologi-

schon und physiologischen Kriegsvorbereitung der Jugend zu dienen.« (HLZ 8/1933)

Der Artikel wird veröffentlicht, obwohl die NSDAP den noch amtierenden Senat in einer Bürgerchaftsanfrage drängt, dagegen

gut. Nach dem Rücktritt der SPD-Senatoren am 3.3.1933 würdigt die HLZ die 14jährige Arbeit von Schulsenator Emil Krause und betont, dass er sich klar zur Selbstverwaltung der Lehrerschaft bekannt habe (HLZ 10-11/1933).

In einem Rückblick über die Schulpolitik seit 1919 verhält sich der frühere GdF-Vorsitzende Theodor Blinckmann deutlich defensiv: Er weist insbesondere Kritik zurück, Lehrer würden an den Schulen nicht im nationalen Interesse erziehen. Besonders deutlich wird der neue Kurs der HLZ in dem (ungezeichneten) Beitrag »Programm«, der eine schulpolitische Richtschnur nach der Reichstagswahl vom 5.3.1933 liefert. Hierin wird u.a. die Forderung nach Selbstverwaltung der

Schulen bekräftigt, was den NS-Zielen widerspricht. Der ungenannte Autor versucht jedoch, die Lehrerforderungen mit Aussagen von Hitler und anderen NS-Politikern in Einklang zu bringen oder sie national gefärbt zu begründen (»nationale Einheitsschule«, »einheitliche nationale Grundschule« u.a.m.). Die angebliche Nähe der Forderungen zu den Zielen der neuen Machthaber wird betont (Auszüge siehe Seite 30/31).

Gegen Bolschewismus und »jüdisches Leihkapital«

Im April 1933 macht die HLZ eine deutliche Wende, mit der die schrittweise Ausrichtung auf NS-Gedankengut vorangeht. Hintergrund ist unter anderem die deutlich repressivere Politik unter dem neuen Schulsenator Karl Witt

Fortsetzung auf Seite 32

Gleichschaltung der „Gesellschaft“.

Der Vorsitzende begründete den Antrag in folgenden Darlegungen: Im Reich hat sich seit einigen Wochen eine Umwandlung vollzogen von einem ungewohnt großen Ausmaße. Kein Lebensgebiet wird davon ausgeschlossen, auch nicht das Schulwesen, auch nicht die Lehrerorganisation. In Zukunft wird es im Deutschen Reich nur eine einzige allumfassende Lehrerorganisation geben, die Lehrende vom Kindergarten bis zur Hochschule umfaßt. (...)

Der Sinn der Gleichschaltung ist dieser: Bei der Zielstrebigkeit, nicht ein Neben- und Durcheinander, sondern eine einheitliche geschlossene Willenshandlung herbeizuführen, ist es notwendig, die Vorstände so zu besetzen, daß Gewähr dafür geboten wird, daß die Einrichtungen im nationalsozialistischen Sinne gehandhabt werden. (...)

Der Vorstand empfiehlt den Eintritt also nicht nur wegen der Reichsvorschrift, sondern sieht in ihm bewußt auf lange Sicht ein großes zukunftsträchtiges Werk.

Herr Klüg beantragte Besprechung, die aber gegen drei Stimmen abgelehnt wurde. Gleichfalls gegen drei Stimmen wurde dann der Eintritt der „Gesellschaft“ in den Nationalsozialistischen Lehrerbund beschlossen. (...)

Brausender, nicht enden wollender Beifall unterstrich nicht nur den Appell zur Mitarbeit, (...)

Nur 3 Gegenstimmen – Die Eingliederung in den NSLB wurde von der Hauptversammlung am 27.4.1933 einhellig beschlossen (HLZ 18/1933).

einzuschreiten, dass »eine Zeitung gelesen wird, die offen die vom Reich gewünschte Luftschutzaufgabe boykottiert«. Im GdF-Vorstand wird in der Anfrage jedoch eine ernste Drohung an HLZ und GdF gesehen. In der Folge verzichtet die HLZ auf exponierte Kritik an der NS-Politik. Die LeserInnen werden in einem Bericht über das zwangsweise Ende einer anderen Zeitung darüber informiert, dass die »angenommene Tendenz des Blattes« ausschlaggebend für ein Verbot sein könne (HLZ 9/1933).

»Deutsches Volkstum« und »nationale Einheitsschule«

Im März 1933 – nach dem Reichstagsbrand und dem folgenden Terror gegen die Arbeiterbewegung – macht sich eine verstärkte Selbstzensur in der HLZ bemerkbar. Dennoch wird sie noch kein Organ zur Verbreitung von NS-Gedanken-

(DNVP), die schon im März zur Säuberung von SPD-Mitgliedern aus der Schulverwaltung und zu 202 Versetzungen von LehrerInnen führt. Die Entlassung von Regimegegnern und Nichtariern wird mit dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7.4. im Reich legalisiert und fortgeführt.

Am 8.4. druckt die HLZ einen Artikel aus der Westfälischen Schulzeitung nach, in dem Adolf Hitler und sein »gigantisches Werk« bewundert werden. Die Mehrheit der organisierten Lehrer werde ein Staatswesen auf »nationaler und sozialistischer Grundlage« sowie den Kampf gegen Bolschewismus und »jüdisches Leihkapital« unterstützen. In einem anderen Beitrag werden im Schulprogramm der NSDAP »erfreulicherweise zahlreiche Übereinstimmungen bzw. Anklänge an das Schulprogramm des Deutschen Lehrervereins« entdeckt.

Andererseits werden in der gleichen Ausgabe die entlassenen sozialdemokratischen Schulräte gewürdigt. LehrerInnen, die aus dem Schuldienst entfernt wurden, wird gewünscht, dass »zwischen ihnen und der neuen Zeit das gegenseitige Vertrauensverhältnis eine Zusammenarbeit möglich machen« werde (HLZ 14-15/1933). Anlässlich des Geburtstages von Adolf Hitler erscheint ein Artikel, in dem dieser lediglich zurückhaltend geehrt wird (HLZ 16/1933).

Initiative für schnelle Gleichschaltung

Nachdem der NSLB Ende März die Leitung der Lehrervereine und -zeitungen im Reich für sich fordert, verhandelt der GdF-Vorstand in Hamburg mit dem Gleichschal-

tungskommissar von der Lieth. Gleichzeitig brechen in der GdF alte Spannungen wieder auf, die herrühren aus dem Gegensatz zwischen »Kassenverein« und linkem »Debattierclub«, der nur einen relativ geringen Teil der Mitgliedschaft aktivieren kann. Mitglieder der konservativen

Unsere „Gesellschaft“.

Kein Wesen kann zu nichts zerfallen! Was die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ in 127 Jahren ihres Bestehens geleistet hat am Ausbau hamburgischer bodenständiger und doch wieder weltöffener, an sozialer und nationaler Geisteskultur, was sie andererseits geleistet hat an Führerschulung, das kann durch den Umbau, mag er vielleicht auch schroff scheinen, nicht aus der Welt geschafft werden. Die besten unseres Standes haben ihre Lebensarbeit in die Arbeit der „Gesellschaft“ hineingebaut. Die „Gesellschaft“ ist geworden aus dem Geiste, aus dem Erleben, aus dem Willen und Streben, aus Fleisch und Blut führender Männer des hamburgischen Schullebens. Wenn sie vor unserm Blick vorüberziehen, die die heutige Generation noch mit erlebt hat, von Scheel bis Kückler, die Führer im Streit, die Meister des Organisationsgedankens, die Vertreter der Stimme Hamburgs auf den Weisfeldern der deutschen Lehrerschaft, so sehen wir, im Innern erhoben, zu ihnen hinauf. Die neue Zeit stellt neue Männer auf die Kommandobrücke. Das Schiff bleibt daselbe. Und die Last des Schiffes, die eine heilige Frucht ist, deutsche Jugend, deutsche Schule, deutsche Lehrerschaft, muß sorgsam weiter getragen werden. Es ist der schönste Zug im Wesen der „Gesellschaft“, daß sie allezeit dem neuen Gedanken zugänglich war. In weiser pfleglicher Wahrung alter Lehrereideale verstand sie es, frisches Leben immer wieder einzufangen. Und immer zeigte sich, daß dieses frische neue Leben nichts anderes war als eine neue zeitgemäße Form für die alten Ideale. Das Ewige regt sich fort in allen!

Die Wogen gehen hoch. Aber die Wände des Schiffes sind fest gezimmert. Voran denn, alle Mann! Glückhafte Fahrt!

Klebriges Pathos nach dem Ja zur Gleichschaltung: »eine neue zeitgemäße Form für die alten Ideale« (HLZ 17/1933).

Gruppe »Aufbau«, die seit 1919 ihre Opposition zur GdF-Führung mit einer eigenen Zeitung verbreitet, melden sich zu Wort. In einem von Johannes Saß unterzeichneten Aufruf vom 10.4. werden Unterschriften für eine a.o. Hauptversammlung gesammelt, um den GdF-Vorstand zum Rücktritt zu bewegen: »Eine einfache Erklärung bisheriger Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, jetzt im nationalen Geiste arbeiten zu wollen, genügt nicht.« Curiohaus und die Kassen der GdF könnten beschlagnahmt werden.

In einem Brief an die Vertrauensleute, abgedruckt in der HLZ vom 22.4., weist der GdF-Vorstand den Vorwurf zurück, nicht im »nationalen Geiste« gearbeitet zu haben. Die GdF könne vor dem Schulprogramm der NSDAP »mit ihrer Arbeit und ihrem Willen beste-

hen«. Eine Beschlagnahme des Curiohauses und der Kassen stehe nicht bevor; der Vorstand bemühe sich »seit langem um die besten Lösungswege« (HLZ 16/1933).

Tatsächlich hat sich der Vorstand zu diesem Zeitpunkt bereits für die aktive Mitgestaltung der Gleichschaltung entschieden. Termine für die Durchführung sind mit Gleichschaltungskommissar von der Lieth abgesprochen. Wie der damalige HLZ-Autor Friedrich Kraus später schreibt, scheitert daher der Vorstoß des »Aufbaus«, der GdF noch das »Eseltrittchen« zu geben.

Gleichschaltung – eine »glückliche Synthese«

Unter der Leitung des Vorsitzenden Gustav Kückler wird mit Lieth eine Erklärung zur Gleichschaltung entworfen. Außerdem wird

eine gemeinsame Liste für die Neuwahl des Vorstands ausgehandelt: 9 Mitglieder des alten Vorstands, 12 aus NSDAP bzw. DNVP. Der Kommissar versichert im Gegenzug – vorbehaltlich eines Reichsgesetzes – , dass die Vermögenswerte der GdF »dem gegenwärtigen Mitgliederbestande... als Eigentum verbleiben werden« (HLZ 18/1933).

Am 27.4. beschließt die so vorbereitete Hauptversammlung der GdF bei nur drei Gegenstimmen den Eintritt in den NSLB (Dietrich Rothenberg bleibt 1984 dabei, dass außer ihm noch sechs andere Mitglieder mit Nein stimmten). Für den alten Vorstand ist dies »auf lange Sicht ein großes zukunftssträchtiges Werk«. Die von Rudolf Klug (IOL) geforderte Diskussion über die Vorlage wird mit gleicher Mehrheit abgelehnt.

Zum neuen Vorsitzenden wird Wilhelm Schulz gewählt, zugleich Vorsitzender des NSLB und Oberschulrat für das Volksschulwesen. Neuer Schriftleiter der HLZ wird Heinrich Geffert.

Küchler, der als Beisitzer im Vorstand bleibt, sieht im neuen Vorstand eine »glückliche Synthese«: »zwei lebendige Kraftzentren«, die sich »wechselseitig .. befruchten« könnten. Er verspricht sich eine weitere Einflussnahme auf die Schulpolitik Hamburgs. Über das Ende der Versammlung vermerkt die HLZ: »Brausender, nicht enden wollender Beifall unterstrich nicht nur den Appell zur Mitarbeit« nach der Gleichschaltung; er habe auch Küchler gegolten (HLZ 18/1933).

Verkalkuliert

Die Illusionen des alten GdF-Vorstands über die künftigen Möglichkeiten zerplatzen schnell. Schulz stellt zwei Wochen nach dem 27.4. klar: »Es gibt keine Syn-

these zwischen nichtnationalsozialistischen und nationalsozialistischen Gedanken.« Die GdF habe künftig die Aufgabe, NS-Gedankengut pädagogisch umzusetzen (HLZ 20/1933). NSLB-Vertreter machen deutlich, dass sie kein Eigenleben der GdF innerhalb des NSLB zulassen wollen.

Rückblickend betrachtet wurde für die HLZ mit der Wahl von Geffert (kein NSDAP-Mitglied) das vollständige Einschwenken auf NS-Politik noch verschoben. Interner Schriftwechsel im NSLB belegt, dass im Mai 1933 ein Zensor abgelehnt wird, was Geffert noch Spielraum erlaubte. Er leitete die HLZ in der Zeit des Übergangs zum Organ des NSLB und zum Kampfblatt der NS-Bewegung.

Aus heutiger Sicht kann die Entwicklung von GdF und HLZ im Jahr 1933 in erster Linie als Resultat eines Anpassungskurses an die NS-Bewegung betrachtet werden. Dabei wurde nicht aus Sympathie mit den neuen Machthabern gehan-

delt, sondern ein Versuch zur Rettung von Betätigungsmöglichkeiten und Vermögenswerten unternommen. Mitglieder, die einen entschlossenen Widerstand befürworteten (wie die ab Februar verdeckt wirkenden IOL-KollegInnen), waren nur eine Minderheit. Ein Vergleich mit den übrigen freien Gewerkschaften zeigt, dass die Tendenz zur Anpassung und Selbstpreisgabe bei der GdF nicht stärker ausgeprägt war. Auch im Hamburger ADGB hoffte die Mehrheit der Führung, die Organisation durch Wohlverhalten und Neutralität gegenüber den Nazis erhalten zu können und rief zur NS-Kundgebung am 1. Mai auf. Am nächsten Tag wurde wie im übrigen Reich das Gewerkschaftshaus besetzt, das Vermögen beschlagnahmt und Gewerkschaftsführer festgenommen.

(Fortsetzung folgt)

MANNI HEEDE



Rezension



Erinnerungskulturen im Dialog. Europäische Perspektiven auf die NS-Vergangenheit, Hg. Claudia Lenz, Jens Schmidt, Oliver von Wrochem, Reihe antifaschistischer Texte, Unrast Verlag, Hamburg/Münster 2002

Neben allen Argumenten, die eine Beteiligung an Angriffskriegen rechtfertigen sollen,

wird in den letzten etwa zehn Jahren zunehmend auf Auschwitz verwiesen.

In welcher Weise wird das Erinnern an Auschwitz funktionalisiert? Wie entstanden – und entstehen weiterhin Gedenk- und Erinnerungskulturen in Bezug auf die NS-Vergangenheit in Deutschland, aber auch in Dänemark, Norwegen, Frankreich und Polen? Welche Funktion haben Vergangenheitsbezüge, Erinnerungen und Tradierungen für das Selbstverständnis, die Stabilität eines Gemeinwesens? Welche Bedeutung kommt der historisch-politischen Bildung im Prozess der Herausbildung einer verstellten oder verantwortungsbewussten Sicht auf die Vergangenheit zu? Welche Auswirkungen hat es auf die Erinnerungskultur, dass Deutschland de facto ein Einwanderungsland ist, der Blick auf die Vergangenheit gerade in der Schule, also aus immer unterschiedlicheren Herkunftskultu-

ren fällt? Ist der Erinnerungsarbeit das wesentlichste Element verloren gegangen, wenn es keine ZeitzeugInnen mehr gibt oder wo hatte »Oral History« schon immer ihre Grenzen in der Bildungsarbeit?

Im letzten Kapitel dieses Buches werden schließlich Überlegungen und Projekte für Erinnerungsarbeit in der Schul-Arbeit vorgestellt (Museumspädagogik, neue Medien, Theaterprojekte) und Konzepte zur (außer-)schulischen Vermittlung der NS-Geschichte und des Holocaust.

Der kulturtheoretische Hintergrund der HerausgeberInnen und der Beiträge in diesem Buch ist: »... dass Erinnerungs- und Gedenkkulturen immer eine vermittelte und nachträglich konstruierte Sicht auf Vergangenheit entwerfen«. Sich dessen bewusst zu sein, wird die Erinnerungsarbeit immer wieder verändern müssen – auch in der Schule.

SUSANNE BERG

Hamburger Lehrerzeitung

Herausgegeben und verlegt von der
Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul-
und Erziehungswesens in Hamburg

12. Jahrgang

Hamburg, Sonnabend, den 11. März 1933

Nummer 10/11

Inhalt: Schulsenator Emil Krause / Die hamburgische Volksschule seit 1919 / Programm / Doßstrauertag / Cocarnoeitt. / Ein Wahlscheitern / Ein wichtiger

Programm.

Die Würfel der Reichstagswahl sind gefallen. Es ist von der Mehrheit des deutschen Volkes ein geschichtlicher Vorgang anerkannt worden, den der Reichskanzler als die „nationale Revolution“ bezeichnet hat. Wenn die Geschichte dieses Wort aufnehmen sollte, so hätte sie festzustellen, daß wir nach dem Weltkrieg in zwei Revolutionen eine Neugestaltung unseres Reiches versucht haben, und daß beide Male in einer auf breiter Basis erfolgten Abstimmung diese Versuche vom Volke gutgeheißen worden sind. (...)

So sehen wir die Bedeutung der Wahl unter den zwei Zeichen der Bekräftigung der nationalen Zusammengehörigkeit und der Verpflichtung zu einem sozialen Wirtschaftsombau. Von diesem Wahlergebnis aus haben die neue Reichsleitung und der neue Reichstag ihr Programm aufzubauen. Der Reichskanzler selbst hat sich zu der Programmfrage mit zurückhaltenden Worten geäußert:

„Kein Programm kann ein Volk retten, das nicht selbst einmütig denkt und einmütig handelt. Über die Stände, über Besitz und Kapital, über Reichtum und Armut, über Bildung und Beschränkung und über Konfessionen hinweg muß wieder eine gemeinsame Plattform gefunden werden. Sie kann nur liegen in dem Begriff: Volkstum und Muttererde. Über allem muß stehen: Deutschland als Reich, das deutsche Volk als Gemeinschaft.“

Keine nationale Natur und keine soziale Gesinnung kann aufgebaut werden ohne die Erziehung. Die Politiker können wohl die Formen der Staats- und Wirtschaftsordnung aufstellen, das Leben selbst, das in diese Formen hineinströmen soll, können sie nicht schaffen. Aber die Erzieher können die Jugend für das Leben vorbereiten. Wie im November 1918, so treten auch heute wieder die Lehrer als die berufenen Jugendzieher hervor und unterbreiten ihr Programm. Es ist daselbe Programm wie damals, es ist das Programm der ewigen Wahrheiten aus dem Schatz, den die großen führenden Pädagogen unserer Geschichte gesammelt haben und als dessen Hüter die Lehrerschaft seit mehr als hundert Jahren durch die staatl. Verpflichtung auf den Geist Pestalozzis eingesetzt ist.

Die Worte „sozial“ und „national“ sind dem deutschen Lehrer vertraut. Sie durchdringen sein Programm.

Die wichtigste und zentralste Forderung der Lehrerschaft ist „die nationale Einheitschule“, wie sie Kerstensteiner in seinem Vortrage auf der Deutschen Lehrerversammlung in Kiel 1914 gezeichnet hat und wie sie bereits in der Zeit des nationalen Aufschwungs in Preußen unter der napoleonischen Fremdherrschaft im Sünderischen Schulgesetzentwurf den ersten Versuch einer Durchführung fand. Diese Forderung bezeichnet eine soziale und nationale Notwendigkeit schlechthin. Wir behaupten keine „Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen“. Aber wir sehen trotzdem in jedem Menschen einen Wert, eine Anlage, die zu größtmöglicher sittlicher und kultureller Höhe und Menschenwürde zu erziehen, allgemeine Menschenpflicht ist. Die Schule, die es gestattet, ohne Rücksicht auf Standes- oder Konfessionszugehörigkeit der Eltern allen guten Entwicklungskeimen die besten Bedinamnen zur Entfaltung zu bieten. ist die Einheitschule. (...) Wir brauchen die einheitliche nationale Grundschule, in der morgens alle Kinder zusammen ihr Schulleben führen und abends die Eltern dieser Kinder die Grenzlinien, die Stand, Reichtum, Klasse, Konfession, Parteibekennnis zwischen ihnen gezogen haben, vergessen und erkennen, daß praktische Aufbauarbeit geleistet werden muß und kann aus einem Gemeinschafts-erleben heraus. Es ist in der Politik wie in der Religion: die Glaubenssätze trennen, aber die praktische Ethik führt zusammen. So geht die Forderung der Einheitschule über den Rang einer Lehrerschaftfrage hinaus und eröffnet Ausblicke, denen nachzustreben höchstes Erdenglück im Erleben einer Nation bedeutet. (...)

Die Einheitschule ist freilich nur ein Gehäuse, das Inhalt haben muß. Der Zustand des Aufeinander-angewiesenen-Seins der Schüler der verschiedensten Familienherkunft ist allerdings schon als ein wichtiger Richtungsweiser im Sinne sozialer Erziehung zu sehen. Die Erziehung zur Nation erfordert darüber hinaus aber noch eine positive Inhaltgebung. Wir können dabei die beiden oben zitierten Worte des Reichskanzlers „Volkstum und Muttererde“ zu alten Forderungen der deutschen Lehrerschaft in Beziehung bringen, wenn wir sie in deren Sprache übersetzen „Deutsches Volkstum und Heimatliebe“.

Wer die Flut der pädagogischen Literatur, mer die angehäufte Menge von Arbeit ansieht, die die Lehrerschaft in stetem Studium, in ernster Fachvertiefung und Selbstfortbildung geleistet hat, erkennt, welche hohe Bedeutung der Heimat beigemessen wird als des Urgrunds, aus dem die Schularbeit immer und immer wieder schöpft. (...)

Zu diesem letzteren kann die Schule beitragen durch Erziehung zu allgemeiner Menschenliebe, wie sie uns die größten Führer christlichen und deutschen Geisteslebens gelehrt haben. (...)

Wir Deutschen haben ein ganz besonderes Interesse daran, unserer Kulturpflege und Kulturarbeit im Frieden nachgehen zu können. Wir danken dem Reichskanzler das Wort, Deutschland wünscht den Frieden und die Freundschaft mit der ganzen Welt.“ Die Befriedung der Welt kann aber nicht geschehen ohne die Schule. (...)

Zur persönlichen Tüchtigkeit gehört aber auch die Erfüllung mit Lebensmut und Selbständigkeit. Hierzu haben wir Hamburger ein besonderes Wort zu sagen. Der Dizekanzler hat vor kurzem in Hamburg die Worte gesprochen: „Wir müssen die Persönlichkeitsrechte zur Entfaltung bringen. Es ist das Ideal der Hanse: Erziehung zur Verantwortung, Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Freiheit, Eigenständigkeit und Lebensfreude. Das hat die Kultur der Hansestädte ausgemacht.“ Und der Reichsarbeitsminister hat in einer Rede dieser Tage gesagt: „Wir brauchen nicht mehr gehorchende Untertanen, sondern bewußt mitarbeitende, selbstbewußte Staatsbürger.“ Selbständigkeit und Selbstarbeit kann nur in einer Schule gedeihen, die auf Selbstverantwortung aufgebaut ist. Ein Lehrer, der nicht in jedem Augenblick die Verantwortungsfrage für sein Tun und Handeln durch freie Selbstentscheidung zu beantworten weiß, sondern scheu und unsicher einer Fremdentcheidung entgegenwartet, wird keiner Jugend als Führer imponieren und kann wohl haltlose oder trotzige, aber keine selbständigen Menschen erziehen. Die Lehrerschaft kann deshalb von ihrer Forderung der Selbstverwaltung nicht abgehen. Daß zur Selbstverwaltung die freie Erziehungspersönlichkeit gehört, versteht sich von selbst. Die aufbauende erzieherische Kraft, die in der Freiheit der Erzieherpersönlichkeit gegeben ist, läßt sich durch kein Mittel der Aufsicht oder Einschntnahme ersetzen. Wer es gut meint mit der Erziehung, möge das bekannte herbartische Wort ausweiten in die Formung: „Lehrer müssen gewagt werden, damit sie Knaben zu Männern erziehen.“ Wir gehen deshalb auch nicht ab von der Forderung nach Gewissensfreiheit.

Wir haben somit die Forderungen, die die Lehrerschaft 1918 stellte und denen von der gesamten Lehrerschaft der Volks- und der höheren Schule einhellig zugestimmt wurde und die sie noch heute ebenso einmütig vertritt, wieder aufgezeigt. (...) Die Lehrerschaft wird auf die Taten der neuen Regierung sehen und nicht müde werden, zu mahnen, wenn sie sieht, daß Schule und Jugend leiden müssen.

Für „nationale Einheitschule“, Pflege des deutschen Volkstums und Selbstverwaltung. Nach der Reichstagswahl vom 5.3.1933 versucht die HILZ, die Lehrerforderungen von 1918 mit Aussagen von NS-Politikern in Einklang zu bringen bzw. sie national gefärbt zu begründen (gekürzt).